



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Schwarzwald-Baar

Donaueschingen, den 15. Dezember 2008

Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2009

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Haushaltsentwurf 2009 stellt in seinen Grundzügen eine weitere Fortsetzung der positiven Haushaltjahre 2007 und 2008 dar. In den vergangenen beiden Jahren wurde bekanntlich der Ausgabenanstieg u.a. im Bereich der sozialen Sicherungssysteme gebremst, während auf der Einnahmeseite höhere Schlüsselzuweisungen, erhöhte Einnahmen bei der Grunderwerbssteuer und nicht zuletzt auch erhebliche Mehreinnahmen bei der Kreisumlage verzeichnet werden konnten. Der Vermögenshaushalt und damit die möglichen Investitionen profitierten damit ebenso von dieser Entwicklung wie der Schuldenstand, der von annähernd 50 Mio. € auf mittlerweile ca. 42 Mio. € abgesenkt werden konnte.

Vor diesem Hintergrund soll auch im Jahr 2009 das Ziel verfolgt werden, den Investitionsrückstau aufzuholen und dennoch den Schuldenstand um weitere 2,7 Mio. € zu reduzieren. Dies alles bei einem konstanten Kreisumlagehebesatz in Höhe von 33,2% und einer erheblichen Rücklagenbildung von fast 4 Mio. € für evtl. auftretende Mehrkosten beim Neubau des Zentralklinikums. Bei 208 Mio. € im Verwaltungs- und 33 Mio. € im Vermögenshaushalt sind dies durchaus ambitionierte Vorgaben. Dies lässt sich auch daran ablesen, dass die Nettoinvestitionsrate mit fast 15 Mio. € in den vergangenen 10 Jahren niemals höher war.

Der Landkreis investiert dabei an erster Stelle in die berufliche Bildung. Durch diese Investitionen können der Ausbau und vor allem auch die lange vernachlässigte Sanierung der Berufsschulen angegangen werden. Insbesondere erfreut uns dabei auch die umfangreiche Neuausstattung von Werkstätten und Schulungseinrichtungen, was für eine gute und zeitgemäße berufliche Ausbildung absolut unverzichtbar ist.

Zustimmen können wir selbstverständlich auch sämtlichen Energiesparmassnahmen an Kreisgebäuden, was langfristig nicht nur dem Verwaltungshaushalt, sondern auch dem Klimaschutz zugute kommen wird. Dem Start der Energieagentur sehen wir in diesem Zusammenhang mit grossen Erwartungen entgegen, wobei wir – aus guten Gründen und wie schon mehrfach angekündigt – die Qualität, das Beratungsspektrum und nicht zuletzt auch die Neutralität der Beratung im Auge behalten werden. Sollten diese Kriterien bei der praktischen Arbeit beachtet werden, wird die Energieagentur sicher auch bei uns ein Erfolgsmodell werden.

Leider fällt unsere Bewertung zum Ausbau der Kreisstrassen wieder einmal weniger positiv aus. Neben einigen sinnvollen Massnahmen stören wir uns an oftmals überzogenen Ausbauquerschnitten sowie in jüngster Zeit insbesondere an den explodierenden Kosten bei der Entsorgung teerhaltiger Abfälle. Dieses Problem hat mittlerweile ein Ausmass erreicht, das wir in dieser Form nicht mehr ohne belastbare Nachweise akzeptieren werden. Angesichts der oftmals sechsstelligen Entsorgungskosten hat nach unserer Auffassung bei Sanierungsmassnahmen obligatorisch eine Vorerkundung statzufinden. Weiterhin sollte dem zuständigen Ausschuss jeweils die konkrete PAK - Belastung mitgeteilt werden. Nicht zuletzt ist jeweils obligatorisch zu prüfen, ob eine schadlose Wiederverwertung entsprechend den einschlägigen Richtlinien nicht doch sinnvoll und möglich ist.

Was den ÖPNV im Landkreis betrifft, ist das sogenannte „Ostbaarkonzept“ ein wichtiger Schritt nach vorne. Mit der Ausweitung der Bedienungszeiten und einer gleichzeitigen Verkürzung der Fahrzeiten, einer Vertaktung bei der Verbindung von und nach Villingen und mit den speziellen Spätangeboten an den Wochenenden wird jetzt die Grundlage dafür geschaffen, dass Einheimische und Touristen zukünftig ein attraktives Angebot nutzen können.

Im direkten Vergleich dazu mutet ein jüngst wieder aufgegriffener Vorschlag sehr optimistisch an: Die Elektrifizierung der Strecke zwischen Neustadt und Donaueschingen steht wieder zur Diskussion. Zusammen mit den geplanten Baumassnahmen im Bereich der Gäubahn und mit weiteren flankierenden Ausbaumassnahmen (z.B. Richtung Ulm) könnte der Schienenverkehr in unserer Region dadurch tatsächlich eine weitere Aufwertung erhalten. Wir werden selbstverständlich jeden Ansatz in diese Richtung unterstützen. Allerdings sehen wir dabei auch ganz nüchtern den Antrieb für diese Überlegungen, nämlich die landesweite Neuaußschreibung des Regionalbahnverkehrs ab dem Jahr 2016. Eine mögliche Finanzierung und damit eine Realisierung stehen damit derzeit lediglich auf virtuellen Füssen.

Dennoch fragen wir uns, warum entsprechende Überlegungen nicht dahingehend erweitert werden, dass eine volle Elektrifizierung der gesamten Ringzugstrecke angestrebt wird. Dies würde bedeuten, dass gfls. dann auch die Streckenabschnitte Villingen –

Rottweil, Tuttlingen – Immendingen sowie Hüfingen - Bräunlingen elektrifiziert werden. Ein solches Konzept käme ebenfalls nicht nur einem breiteren Wettbewerb bei einer späteren Neuaußschreibung zu Gute, sondern würde auch besseren Lärm- und Immisionsschutz der Anwohner, höheren Fahrkomfort, weitere Möglichkeiten zur Durchbindung etc. bedeuten.

Aber wir kennen natürlich den Unterschied zwischen Visionen und konkreten Planungen. Deshalb ist an diesem Punkt schlicht folgendes festzustellen: Solange es an Wochenenden nicht einmal eine direkte Busverbindung von Furtwangen ins Oberzentrum gibt oder solange sich die Diskussionen um den Gütertransport auf der Schiene (z.B. im Rahmen der Restmüldiskussion) darauf beschränken, Steine ins Wasser zu werfen, um sich dann an den aufgeschlagenen Wellen zu freuen, brauchen wir uns um elektrifizierte Direktverbindungen nach Freiburg oder darüber hinausgehende Konzepte eigentlich keine Gedanken zu machen. Ich erlaube mir an dieser Stelle so deutliche Worte, weil es sich hierbei um eine grundsätzliches Problem im Politikbetrieb handelt: Die Tatsache, dass solche (und andere) Themen mal im Ausschuss andiskutiert werden, ersetzt keinesfalls ernsthafte Vorplanungen und den wirklichen Willen zur Realisierung. Sonst verkommen diese Dinge zu reinen Alibiübungen. Wir wünschen uns als Kreisräte jedenfalls keine Statistenrolle in irgendwelchen PR – Aktionen, die nicht dem vorgeblichen Ziel, sondern eher dessen Verhinderung dienen.

Ähnlich ist unsere Stimmungslage beim Thema Verwaltungsreform. Auch wenn die Kreisverwaltung in jüngster Zeit selbst Opfer dieser Kapriolen geworden und damit eigentlich nicht der richtige Ansprechpartner ist, habe ich an dieser Stelle dennoch ein starkes Mitteilungsbedürfnis. Neben einigen anderen Dingen stellt insbesondere die Wiederausgliederung von Schulamt und schulpsychologischer Beratungsstelle kein gutes Zeugnis für die Konsistenz und die Planungstiefe des Landes dar. Faktoren wie Zeit, Kosten, Erreichbarkeit und Synergien sind dabei offensichtlich nebенäglich. Abgesehen davon ist der Nachweis der Effizienzrendite spätestens seit den jüngsten Umgliederungen für ein normales Kreistagsmitglied endgültig zur reinen Glaubensfrage geworden. Konkret nachvollziehen lässt sich in diesem Bereich nämlich kaum noch etwas. Deshalb möchte ich aus unserer Sicht feststellen, dass es in finanzieller Hinsicht zukünftig kaum mehr möglich sein dürfte, die angestrebten Effizienzrenditen zu erreichen. Angesichts steigender Personalausgaben (total: + 4,8% im Planansatz trotz Abbau von 9 Planstellen), steigender Bewirtschaftungskosten infolge Preissteigerungen bei Öl, Gas und Strom oder auch weiterhin hohen Aufwendungen bei der technischen Ausstattung dürften die angestrebten Effizienzvorgaben in den kommenden Jahren eher die Eigenchaft einer Fata Morgana annehmen – höchstens es wird noch mehr an Personal und Qualität eingespart. Ich brauche an dieser Stelle wohl nicht zu betonen, dass wir ein stures Wegsparen - gerade auch im Personalbereich – weiterhin missbilligen.

Auf der anderen Seite werden vom Kreistag dann ohne grosse Diskussionen Finanzmittel für den Aufbau neuer Strukturen bereitgestellt, selbst wenn diese Strukturen bisher höchstens in Umrissen erkennbar sind. Als Beispiel hierfür möchte ich das sogenannte Gesundheitsnetzwerk ansprechen, für das in diesem Haushalt 100.000 € bereitgestellt werden. Auch wenn Konsens in der Zielsetzung besteht, das Gesundheitswesen in unserem Landkreis als wichtiges Wirtschaftselement noch stärker in den Mittelpunkt zu stellen und alle Akteure in diesem Bereich miteinander zu verknüpfen, verblüfft doch der hohe Betrag und die dauerhafte Personalkapazität, die dafür bereitgestellt werden. Bei uns entsteht dabei der Eindruck, dass konkrete Aufgaben und Ziele des Netzwerks bereits definiert sind – nur eben nicht vom Kreistag, sondern eher von Marktteilnehmern oder von interessierten Dritten. Abgesehen davon sollte dieses Beispiel besser keine Schule in anderen Wirtschaftsbereichen machen. Oder soll der Landkreis demnächst mit öffentlichen Mitteln auch dauerhaft subventionierte Netzwerke für Automobilzulieferer, den Maschinenbau oder die elektrotechnische Industrie gründen? Wir erwarten Klarheit, Transparenz und fundierte Informationen sowie eine Prüfung von Aufwand und möglichen Ertrag, bevor derartige Entscheidungen getroffen werden.

Genau diese Vorgehensweise wird im Bereich der sozialen Sicherung ständig gefordert und in der Regel auch vollzogen. Egal ob bei der Eingliederungshilfe für Behinderte, bei Hartz IV, bei der Grundsicherung im Alter, bei der Hilfe zur Pflege oder auch bei der Jugendhilfe. In allen Bereichen wird Rechenschaft verlangt und auch gegeben. Dennoch lassen sich dadurch, wie man auch an diesem Haushalt wieder beobachten kann, Kostensteigerungen nur bedingt vermeiden. In erster Linie wird die weitere Entwicklung der Kosten von der wirtschaftlichen Gesamtsituation abhängen. Der Ausblick darauf ist derzeit ja nicht gerade günstig. Deshalb wäre der Kreis gut beraten, hier defensivere Annahmen zu treffen. Wenn beispielsweise davon ausgegangen wird, dass im Jahr 2009 die Kosten für Hartz IV um 5,5 % oder 0,9 Mio. € zurückgehen werden, zeugt dies von einem gesunden wirtschaftlichen Optimismus der Verwaltung.

Von diesem Stichwort ist der Weg zum Zentralklinikum und zur Mitfinanzierung möglicher Mehrkosten in einer Höhe bis zu 20 Mio. € dann nicht mehr weit. Wesentliche Aspekte zu diesem Thema wurden ja bereits in der letzten Kreistagssitzung ausführlich diskutiert. Ich möchte an dieser Stelle aber nochmals darauf hinweisen, dass die wirtschaftliche Situation des Landkreises aus unserer Sicht höchstens für die kommenden beiden Jahre mit hinreichender Verlässlichkeit prognostiziert werden kann. Wenn uns die Wirtschaftskrise mit aller Macht auch im Schwarzwald – Baar - Kreis einholen sollte, führt die Finanzierung dieses Projekts bei festgeschriebener Kreisumlage vermutlich direkt zur Kreditaufnahme. Wir haben diese Situation eingehend beraten und abgewogen und wir stehen innerhalb eines gewissen Rahmens dazu. Aber leicht fällt diese Entscheidung in dem heute absehbaren Umfeld nicht!

Zusammengefasst möchte ich den Haushaltsentwurf 2009 so bewerten:

Mit der Verabschiedung dieses Haushalts wird eine Vielzahl von Investitionen möglich, womit selbst langjährig aufgeschobene Projekte endlich realisiert werden können. Wir begrüßen dabei insbesondere die Investitionen im Bildungsbereich und bei der Energieeinsparung. Daneben gibt es im Jahr 2009 aber auch im Verwaltungshaushalt eine Vielzahl positiver Perspektiven. Die Haushaltsansätze sind bei den Ausgaben im sozialen Bereich aber teilweise knapp kalkuliert, was bei einer stark durchschlagenden Rezession zu grossen Fehlbeträgen führen kann. Aus unserer Sicht sind jedenfalls einige der Ansätze noch nicht an die absehbar schlechteren Rahmenbedingungen angepasst worden. Stattdessen wird teilweise der positive Trend der vergangenen Jahre fortgeschrieben oder es werden lediglich nachrangige Ausgabensteigerungen im voraussichtlichen Umfang berücksichtigt. Dies erscheint uns insbesondere dann gefährlich, wenn durch den Neubau des Zentralklinikums ein höherer Finanzbedarf eintreten sollte und der Kreis dann in seine Finanzverantwortung eintreten muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bin auch dieses Jahr wieder exemplarisch auf einige Kritikpunkte und strukturelle Mängel eingegangen. Nehmen Sie das bitte nicht auf die leichte Schulter. Abgesehen davon kann ich aber auch ausdrücklich Folgendes feststellen: Der Haushaltsentwurf 2009 ist ein starker Haushalt mit einer Vielzahl von positiven Aspekten. Allerdings müssen wir uns vorsehen, dass der vom Landrat geäusserte Mut und die Zuversicht nicht schnell in Leichtsinn und Depression abkippen, weil die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven sehr instabil geworden sind.

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen stimmt dem Haushaltsentwurf 2009 zu.

Im Namen unserer Fraktion möchte ich allen Mitarbeitern des Landkreises für ihr Engagement und allen Zuhörern für Ihre Aufmerksamkeit recht herzlich danken.

Christian Kaiser
für die Kreistagsfraktion SBK von B90/Die Grünen

Doku-Info:
5 Seite(n), 1759 Wörter, 11515 Zeichen